

## Queere Wahlprüfstein LTW Baden-Württemberg

### Antworten der Partei Die Linke Baden-Württemberg

- **Selbsthilfe und Förderung von Beratungsstrukturen:** Sind Sie für eine langfristige Absicherung von LSBTIQ\*-Selbsthilfe-Einrichtungen, und was will Ihre Partei tun, um Beratungsstrukturen (sowie professionell institutionalisiert als auch ehrenamtlich) zu unterstützen und ggf. auszubauen?

*Wir fordern eine langfristige und verlässliche Absicherung von LSBTIQ\*-Selbsthilfe-Einrichtungen. Beratungsangebote für queere Menschen und ihre Angehörigen sollen dauerhaft finanziell gefördert werden, statt sie wie bisher oft nur über zeitlich begrenzte Projekte zu finanzieren. Wir setzen uns zudem dafür ein, dass Beratende angemessen bezahlt werden und sozial abgesichert arbeiten können, wobei ausdrücklich auch die Peer-Beratung unterstützt werden soll. Auf Bundesebene fordern wir ergänzend einen „queeren Rettungsschirm“, um die Strukturen und Einrichtungen der Communities zu schützen*

- **Aktionsplan “Für Akzeptanz und gleiche Rechte”:** Werden Sie in diesem Sinne den 2025 neu aufgelegten Aktionsplan weiterführen und weiterfinanzieren?

*Ja, wir fordern ausdrücklich, dass der Landesaktionsplan für Akzeptanz & gleiche Rechte weiterentwickelt und deutlich besser finanziert wird.*

- **Gewaltprävention:** Queerfeindliche Hasskriminalität und Gewalt sind in den vergangenen Jahren in BW extrem angestiegen. Gleichzeitig sind das Landesantidiskriminierungsgesetz und andere Vorhaben zur Gewaltprävention der Landesregierung gescheitert. Sind Sie der Meinung, die vom Land und durch die Innenministerkonferenz angestoßenen (Präventions-)Maßnahmen sind ausreichend? Werden Sie diese Maßnahmen ggf. implementieren? Was tut Ihre Partei zur weiteren konsequenten Bekämpfung queerfeindlicher Gewalt?

*Wir sind der Meinung, dass die bisherigen Maßnahmen nicht ausreichen, und fordern ein konsequenteres Vorgehen gegen queerfeindliche Gewalt. Wir verlangen, dass queerfeindliche Straftaten systematisch erfasst und ausgewiesen werden. Um den Schutz zu verbessern, soll Baden-Württemberg ein Antidiskriminierungsgesetz nach Berliner Vorbild erhalten, das Klagemöglichkeiten gegen öffentlich-rechtliche Einrichtungen eröffnet. Zudem fordern wir auf Bundesebene einen voll ausfinanzierten Aktionsplan „Queer leben“.*

- **Geflüchtete:** Schutz und inklusive Integration von queeren Geflüchteten sind wichtiger denn je - stimmen Sie zu, dass die Maßnahmen hier nicht ausreichend sind bis jetzt? Wie will sich Ihre Partei hier einsetzen?

*Wir stimmen zu, dass die bisherigen Maßnahmen für queere Geflüchtete unzureichend sind. Die Linke fordert einen sofortigen Abschiebestopp für Personen, die aufgrund ihrer Geschlechtsidentität besonders schutzbedürftig sind. In Erstaufnahmestellen und anderen Unterkünften müssen spezielle Schutzkonzepte und Rückzugsräume für queere Menschen geschaffen werden. Zudem muss die Verfolgung aufgrund der sexuellen Orientierung oder der Identität als trans\* oder intergeschlechtlich in der Praxis konsequent als Fluchtgrund anerkannt werden.*

- **Regenbogenfamilien:** Es gibt immer noch keine Reform des Abstammungsgesetzes, es gibt keine juristischen Regelungen für die Absicherung vielfältiger queerer Familienformen, etwa Mehrelternschaft oder für Familien mit TIN\*-Familienteil(en). Werden Sie sich (weiterhin) für eine Reform des Abstammungsrechts einsetzen? Werden Sie sich für die rechtliche Absicherung anderer vielfältiger Familienkonstellationen einsetzen? Wird Ihre Partei auch auf Landesebene Beratungsstrukturen für Regenbogenfamilien und alle, die es werden wollen, ausbauen und/oder fördern?

*Wir setzen uns vehement für eine Reform des Abstammungsrechts ein, um die Diskriminierung queerer Familien zu beenden. Wir fordern die rechtliche Anerkennung von Elternschaften zweier Mütter oder Väter, von trans\* und inter\* Eltern sowie von Konstellationen mit mehr als zwei Eltern. Queere Paare mit Kinderwunsch sollen zudem gezielte Unterstützung bei der Reproduktionsmedizin erhalten. Die rechtliche Gleichstellung von Wahlverwandtschaften ist für uns ein zentrales Anliegen.*

- **queerer Schutz in die Landesverfassung:** Sollte die Landesverfassung Ihrer Meinung nach entsprechend ergänzt werden?

*Ja, wir setzen uns dafür ein, dass der Schutz vor Diskriminierung aufgrund der sexuellen Orientierung und der geschlechtlichen Identität in die Verfassung aufgenommen wird.*

- **queerer Schutz im Grundgesetz:** Unterstützt Ihre Partei die Ergänzung von Artikel 3 Absatz 3 des Grundgesetzes um das Merkmal der sexuellen bzw. geschlechtlichen Identität?

*Ja, wir unterstützen die Forderung, Artikel 3 Absatz 3 des Grundgesetzes um das Merkmal der sexuellen Orientierung und der geschlechtlichen Identität zu erweitern.*

- **Sichtbarkeit und Bildung:** Stimmen Sie mit uns überein, dass es eine Förderung lesbischer Sichtbarkeit braucht, die weitere Stärkung von Aktivist:innen und weiterhin mehr Förderung von Vielfalt in Schulen und anderen Bildungsbereichen? Und wenn ja, was tut Ihre Partei in diesen Bereichen in der kommenden Legislaturperiode? Stimmen Sie ferner zu, dass Lebensrealitäten queerer Menschen in Bildungsplänen verankert, Bildungsarbeit mit Jugendlichen gefördert und Lehrkräfte im respektvollen Umgang mit Diversität (weiterhin) sensibilisiert werden müssen?

*Wir stimmen der Notwendigkeit einer verstärkten Förderung zu und fordern mehr finanzielle Mittel für queere Bildung und Aufklärung. Lebensrealitäten queerer Menschen müssen in den Bildungsplänen verankert werden, um die sexuelle und geschlechtliche Vielfalt angemessen abzubilden. Lehrkräfte müssen für den respektvollen Umgang mit Diversität sensibilisiert werden, und wir lehnen es ab, dass sie verpflichtet werden, Eltern über eine selbstbestimmte Namenswahl ihrer Kinder zu informieren. Subkulturelle und queer-feministische Kulturangebote sollen gezielt gefördert werden.*

- **Gesundheit und Gesundheitsmanagement:** Stimmen Sie zu, dass es in BW eine bessere geschlechtergerechte und trans\*-inklusive Gesundheitsversorgung braucht? Wenn ja, wie will Ihre Partei dies sicherstellen?

*Ja, es braucht eine bessere, diskriminierungsfreie Gesundheitsversorgung. Wir fordern den Ausbau psycho-sozialer Beratung für trans\* Personen sowie die Finanzierung geschlechtsangleichender Leistungen durch die Krankenkassen. Die Versorgungsqualität darf nicht vom Wohnort abhängen, weshalb wir eine flächendeckende fachärztliche Versorgung und queere Gesundheitszentren (auch im ländlichen Raum) fordern.*

- **Alter und Pflege:** Hält Ihre Partei es für wichtig, die teils besonderen Bedürfnisse älterer queerer Menschen zu berücksichtigen, etwa in der Pflege von Menschen mit HIV und bei der Ausbildung und Sensibilisierung von Pflegepersonal?

*Wir halten es für essenziell, die Bedürfnisse älterer queerer Menschen zu berücksichtigen. Wir fordern ein Ende der stigmatisierenden Praxis der Kennzeichnung von HIV-positiven Menschen mit dem Kürzel „ANST“ in Ermittlungsakten. Zudem setzen wir uns für inklusive Wohn- und Betreuungsformen ein, die das Zusammenleben unterschiedlicher Orientierungen ermöglichen.*

- **Arbeitswelt und Diversity Management:** Unternehmen fahren ihr Engagement zurück, vielerorts gelten Gender-Verbote. Sind Sie der Meinung, es brauche mehr

Unterstützung für die Akzeptanz queerer Menschen in der Arbeitswelt? Und was wollen Sie tun, um das Diversity Management wieder zu verbessern, vielleicht auch innerhalb der Landesverwaltung? Stimmen Sie ferner zu, dass die gesellschaftliche Diversität bei der Besetzung von Gremien beachtet werden sollte?

*Wir sind der Meinung, dass queere Menschen in der Arbeitswelt mehr Unterstützung brauchen, da sie oft schlechter bezahlt werden. Aufträge und Fördermittel des Landes sollen nur an Betriebe vergeben werden, die einen wertschätzenden Umgang mit Vielfalt pflegen und Gleichstellungspläne erstellen. Wir fordern zudem eine Quote für von Diskriminierung betroffene Gruppen in der öffentlichen Verwaltung und die Einbeziehung eines Partizipationsrates in wichtige politische und wirtschaftliche Entscheidungen.*

- **inklusive Sprache:** Stimmen Sie zu, dass die Sichtbarkeit und Gleichbehandlung queerer Menschen durch inklusive Sprache unterstützt werden muss?

*Ja, wir unterstützen die Verwendung geschlechtersensibler Sprache zur Förderung von Sichtbarkeit und Gleichbehandlung. Wir stellen uns Verboten solcher Sprache entgegen; die Nutzung geschlechtersensibler Schreibweisen darf beispielsweise im Unterricht nicht bestraft werden.*

- **Sport:** Ein nicht unerheblicher Teil der Sportförderung erfolgt über die Landesebene, auch werden hier Strukturen (aus)gebildet. Stimmen Sie zu, dass queere Menschen und ihre Belange im Sport stärker berücksichtigt werden müssen? Wenn ja, wie will Ihre Partei das umsetzen?

*Wir stimmen zu, dass queere Belange im Sport stärker berücksichtigt werden müssen. Sportangebote und die Sportförderung müssen geschlechtergerecht ausgestaltet sein. Wir fordern eine Sportförderung, die alle gesellschaftlichen Gruppen angemessen berücksichtigt.*